

PDS und Die Linke – wo Die Linke herkommt und wo sie hinmöchte (1999-2021)

„Die Partei des Demokratischen Sozialismus (Kurzbezeichnung: PDS) war eine linksgerichtete politische Partei in Deutschland, die von 1990 bis 2007 bestand und hauptsächlich in den neuen Bundesländern aktiv war. Sie ging aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervor, die sich im Dezember 1989 zunächst in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) umbenannt hatte. Am 4. Februar 1990, nachdem ein personeller und inhaltlicher Wandel vollzogen worden war, änderte sie ihren Namen in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und im Juli 2005 in Die Linkspartei. PDS (Kurzbezeichnung Die Linke.PDS). Am 16. Juni 2007 ging sie schließlich im Zuge der Fusion mit der WASG in der Partei Die Linke auf. Ihre Mitgliederzahl wurde im Dezember 2006 mit 60.338 beziffert.“¹

PDS

04/1999 In Höhle des Löwen - **PDS tritt als Sammelbecken der Alt-Linken auf**²

GAP - Sie leben noch, die Alt-Linken, mit Zöpfchen hinten, mit rotem Schleifchen am Revers, einem Tisch voller Flugblätter, mit qualmender Kippe in der Hand (allerdings nicht mehr selbstgedreht), mürrischem Revolutionsblick und vor allem einem klar abgesteckten Weltbild: Gut ist der friedliebende „linke“ Mensch. Alle anderen sind vom Großkapital ferngesteuert, Kriegstreiber, Militaristen ohne jegliche Moral, die Bomben auf ein Land wie Jugoslawien werfen. Die PDS wagte sich erstmals nach Garmisch-Partenkirchen vor in der Hoffnung, ein paar von Grünen und SPD verschreckte Friedensbewegte für die SED-Nachfolgepartei zu interessieren. Der historischen Stunde im Gasthof „Zum Schatten“ mit der Ingolstädter PDS-Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter wohnten bei: Zwei jüngere Herren, zwei jüngere Damen, eine Rentnerin und ein Rentner.

Eigentlich waren auch die Medien in den „Schatten“ geladen (der „Wienerwald“ hatte es abgelehnt, der PDS einen Raum zur Verfügung zu stellen). Aber als der Tagblatt-Fotograf im Begriff war, seine Kamera auszupacken, war die „herzlichste Einladung“ nicht mehr gar so innig gemeint. Vier der Besucher drückten sich ans Gemäuer, um nur ja nicht aufs Bild zu kommen. Einer der Herren mit hörbar ostdeutschem Dialekt hatte schon vorher darauf bestanden, nicht im Bild festgehalten zu werden. Das müsse respektiert werden, murrte der Alt-Linke mit Zöpfchen. Als es der Reporter dennoch wagte, auf den öffentlichen Charakter der Veranstaltung hinzuweisen, hielt es eine junge Dame nicht mehr auf dem Stuhl aus - und verschwunden war sie.

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Partei_des_Demokratischen_Sozialismus

² GPT 02.04.1999 sto

Ihr entging, welche Wohltaten die PDS im Bundestag für Geringerverdienende fordert, um die „Umverteilung“ voranzubringen (Stichwort: Soziale Grundsicherung von 1425 Mark monatlich für alle). Wer das bezahlen soll, blieb offen. Von der Ökosteuer sprach die PDS-Frau, die ihre Partei ablehnt, weil „die Industrie im Grund nichts bezahlen muss“, Rentner und BA-FÖG-Empfänger aber belastet werden. Die PDS will eine Wertschöpfungsabgabe.

Am Rande ging die 43jährige auf die Entwicklung im Kosovo ein. Von einer „Entmilitarisierung der Außenpolitik“ sprach sie und nannte Scharping einen Kriegsminister. Frieden lasse sich nicht „herbeibomben“. Nach gut einer Stunde, als der fotoscheue Herr das Thema ansprach („Ich bin zutiefst schockiert, dass die alle so druff sind“), wurde der Krieg plötzlich noch zum Hauptthema. Von „zynischer Politik“ war die Rede. Gemeint war die NATO, nicht Milosevic. Die Zivilbevölkerung im Kosovo wurde mit keinem Wort erwähnt. Bulling-Schröter fand freilich ein Argument gegen das Nichteingreifen, über das sich selbst Hitler gefreut hätte: „Die Milosevic-Regierung ist eine legitim gewählte Regierung. Ob es uns passt oder nicht“.

Die Linke

07/2005 **„In linker Mission“ – Gespräch mit Direktkandidat Schachner³** – Mitglied des Bundesvorstandes der IG Metall – Kreisvorsitzender der WASG Oberland – für Einführung einer Vermögenssteuer – langjähriges SPD-Mitglied, „Hartz IV ist Enteignung auf kaltem Weg“ – für Bürgerversicherung – Verlagerung des Güterverkehrs stärker auf die Schiene – für Bündnis zwischen WASG und PDS „wenn zwei Parteien antreten, die mit jeweils 4,9 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern“

09/2005 **„Wahlkampf findet in der Freizeit statt“⁴ – Günther Schachner**, Peiting, 53 Jahre, Gewerkschaftssekretär – „Eine Änderung in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, weil sonst die Abwärtsspirale nicht durchbrochen werden kann, Bildung und altersgerechte Weiterbildung unabhängig vom Einkommen, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Forschung und Entwicklung einerseits sowie mittelständischen Produktionsbetrieben andererseits, aus Arbeitnehmersicht ist eine große Koalition immer noch besser als Schwarz-Gelb, weil Themen wie

³ GPT 28.07.2005

⁴ GPT 01.09.2005

Tarifautonomie, Kündigungsschutz und Reform von Hartz IV in einer Großen Koalition leichter zu verteidigen sind.

07/2007 „**Die Linke wöhnt sich im Aufwind**⁵ - Roter Zwerg auf schwarzem Terrain“ – beide Gruppierungen zusammen 70 Mitglieder – Karlheinz Bachmann (Sprecher für Murnau, 71, Seehausen, pensionierter Lehrer, langjähriges Mitglied der SPD) und Benjamin Schumann (Abiturient, Großweil)

09/2007 „**Gründungsfeier der Linken**“⁶ – zu einem offiziellen Kreisverband Oberland – Gründungsfeier am 07.09.2007 in der Stadthalle Penzberg mit Mundart-Band „Edelweiß-Piraten“

01/2008 **Die Linke in Murnau**⁷ spricht sich mit Karlheinz Bachmann und Benjamin Schumann gegen Privatisierung der Bahn aus – da kleinere Bahnhöfe wie Farchant und Hechendorf geschlossen werden sollen

01/2008 **Die Linke. Oberland**⁸ - Jahreshauptversammlung in Sindelsdorf: Gleichberechtigtes Sprechergremium mit Gilberte Lebien-Schachner, Hans Hahn und Günther Schachner, Kassier Dieter Bury, Beisitzer Werner Bäumler, Elmar Gehnen, Uwe Schulz, Hans Joachim Sprinz, Manfred Unger, Hans Weingärtner. Kreis Oberland besteht aus sechs Landkreisen und fünf Landtagsstimmkreisen – Aufteilung in zwei Bundestagswahlkreise beschlossen - Landtagswahl am 28.09.2008: Hans Hahn Direktkandidat im Stimmkreis Weilheim

08/2008 **Die Linke. Oberland**⁹ - Direktkandidat für den Bezirkstag im Stimmkreis 110 Bad Tölz-Wolfratshausen/Garmisch-Partenkirchen: Andreas Wagner – setzt sich ein für Pflege und Begleitung demenzkranker Menschen

08/2008 Peiting - „**In der Linkspartei gibt es keine Verfassungsfeinde**“¹⁰, sagt Hans Hahn (61) aus Peiting, Landtagskandidat der Linken. Der bayerische Verfassungsschutz hat ande-

⁵ GPT 12.07.2007

⁶ GPT 06.09.2007

⁷ GPT 28.01.2008

⁸ GPT 28.01.2008

⁹ GPT 17.08.2008

re Erkenntnisse. Bei der Vorstellung des ersten Halbjahresberichts 2008 warnte Innenminister Joachim Hermann (CSU): Die Linkspartei sei eine „erhebliche Bedrohung“ für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Im Interview mit Franz Rohleder erklärt Hahn die politischen Ziele seiner Partei.

Herr Hahn, laut dem bayerischen Innenminister hat die Hälfte Ihrer Landtagskandidaten einen linksextremen Hintergrund. Fühlen Sie sich angesprochen?

Hans Hahn (lacht): „Überhaupt nicht. Ich war 30 Jahre Sozialdemokrat und bin seit meinem 14. Lebensjahr Gewerkschaftsmitglied. Unser bayerischer Spitzenkandidat Fritz Schmalzbauer war eben-so lange Sozialdemokrat wie ich. Dann denke ich an die langjährigen Gewerkschafter in unserer Partei - etwa Günter Schachner aus Weilheim. Wo, bitteschön, ist mein linksradikaler Hintergrund? Wo ist deren linksradikaler Hintergrund? Der Vorwurf des Innenministers ist lächerlich.“

Dennoch ist die Linkspartei janusköpfig. Neben altgedienten, von der SPD enttäuschten Gewerkschaftern gibt es die ehemaligen SED-Kader oder Altkommunisten westlicher Prägung. Auf Platz zwei der Wahlkreisliste „marx21“. Diese Gruppe will eine kommunistische Gesellschaftsordnung durch die Revolution erschaffen. Auch Eva Bulling-Schröter, Ihre Landessprecherin, kommt aus der Deutschen Kommunistischen Partei. Wie demokratisch ist denn eine Linkspartei, die Kommunisten in Ihren Reihen duldet?

Hahn: „Ich habe den Eindruck: Bei uns gilt man schon als linksradikal, wenn man sich auf die bayerische Verfassung beruft. Darin ist der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung nicht festgeschrieben. Es ist also jedem freigestellt, eine andere Wirtschaftsordnung zu fordern. Außerdem: Nicole Gohlke wäre nicht auf Listenplatz zwei gekommen, wenn sie außerhalb demokratischer Strukturen stünde. Bei uns sagt auch keiner: Wir machen morgen mit der Kallaschnikow Revolution. Aber ich halte es für demokratisch, dass solche Meinungen in unserer Partei vertreten sind.“

Einspruch: Ein überzeugter Kommunist kann per Definition kein Demokrat sein.

Hahn: „Warum nicht? Auch ich berufe mich auf Karl Marx, was seine wirtschaftlichen Analysen betrifft. Nur: Seine politischen Theorien sind aus dem 19. Jahrhundert und treffen heute nicht mehr zu.“

Wären sie froh, wenn Marxisten und Trotzlisten aus Ihrer Partei verschwinden würden?

Hahn: „Sicher habe ich ein Problem mit den Trotzlisten. Aber man muss bei den Marxisten differenzieren: Eva Bulling ... uns alle einig in unserem Ziel: Und das heißt demokratischer

Sozialismus. Natürlich wollen wir keine wie auch immer geartete Diktatur. Übrigens haben sich ehemalige SED-Kader deutlich vom Unrecht in der DDR distanziert.“

Das gilt aber keinesfalls für die Kommunistische Plattform der Linkspartei. Die bezeichnet die Verfassung der DDR von 1968 als „demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland gegeben hat“. Ein Hohn für die Opfer der SED-Diktatur!

Hahn: „In gewisser Weise. Wobei die Aussage aber stimmt. Denn diese DDR-Verfassung war im Prinzip äußerst demokratisch. Leider haben sich die Regierungen nicht daran gehalten. Insofern tut es mir leid, wenn Leute der Kommunistischen Plattform so einen Blödsinn erzählen. Ich glaube aber, dass sich die SED-Nostalgiker irgendwann totlaufen, weil sie kein Mensch mehr ernst nimmt.“

Und was ist mit kommunistischen Gruppen wie „Cuba Si“, dem „Geraer Dialog“ oder „marx21“, die im Verfassungsschutzbericht auftauchen?

Hahn: „Was im Einzelnen in diesen Gruppen besprochen wird, weiß ich nicht. Aber bei „Cuba Si“ geht es nicht darum, ein diktatorisches System aufrecht zu erhalten. Sondern auch um die Grundsatzfrage: Was passiert mit Kuba? Soll es wieder kapitalistisch werden und unter die Vorherrschaft der Amerikaner kommen? Im Vergleich zu dem was vor Castro war, geht es den Leuten dort heute besser.“

Das sehen politische Gefangene auf Kuba vermutlich anders.

Hahn: „Moment: Keiner von uns will diktatorische Strukturen fördern oder aufrechterhalten.“

Die Linkspartei hat sich die Überwindung des Kapitalismus auf die Fahnen geschrieben...

Hahn: „Selbstverständlich!“

Würden Sie so weit gehen und „Schlüsselindustrien in staatliches Eigentum überführen“. Das fordert etwa Max Steininger, der auf Platz 32 ihrer oberbayerischen Wahlkreisliste kandidiert.

Hahn: „Nein. Aber grundsätzlich hat die Linkspartei eine andere Auffassung vom Staat, als uns das die neoliberalen Wirtschaftstheoretiker verkaufen wollen: Der Staat muss die Grundversorgung seiner Bürger sicherstellen. Jeder muss Zugang zu Energie haben, zu Wasser, zu Verkehrsmitteln und zu einer medizinischen Versorgung. Sonst haben wir am Ende eine Zweiklassengesellschaft. Ich bin auch gegen den Privatisierungswahn. Wem nützt es denn, dass die Bahn die Bahnhöfe in Schongau und Peiting an einen Immobilienhai in Großbritannien verkauft hat. Auch die Preise auf dem Energiemarkt sind ein Unding: Die vier Monopolisten auf dem Strommarkt müssen irgendwie aufgelöst werden.“

Zur Erinnerung: Die Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus ist im Ostblock in die Binsen gegangen.

Hahn: „Da widerspreche ich Ihnen: In der DDR redete man zwar immer vom „real existierenden Sozialismus“. Aber im Ostblock war alles real - außer dem Sozialismus.“

Im Gegensatz zu Ihnen verklären nicht wenige in Ihrer Partei die DDR-Vergangenheit. Zum Beispiel die Ultra-Marxistin Sahra Wagenknecht.

Hahn: „Die ist aber nicht die Partei!“

Sie sitzt aber im Parteivorstand.

Hahn: „Ich glaube nicht, dass sie denkt: ‚Die DDR war das Gelbe vom Ei.‘ Sahra Wagenknecht ist ja nicht dumm. Aber ich glaube, dass Positionen wie die ihre mit der Zeit verschwinden. In unserer Partei gibt es momentan einen Klärungsprozess, was die Richtung betrifft: Da sind wir auf einem guten Weg. Übrigens verklären auch die meisten unserer Mitglieder in den neuen Bundesländern nicht die DDR. Sie merken aber: Im Kapitalismus war nicht alles besser. Zum Beispiel gab es in der DDR keine Arbeitslosigkeit.“

Mit den Folgen: Fünf Menschen haben die Arbeit erledigt, die ein einziger hätte erledigen können. Produktiv war das nicht...

Hahn: „Im Vergleich zu anderen Ostblock-Ländern ist es den Menschen in der DDR aber nicht schlechter gegangen.“

Lassen Sie uns festhalten: Für Sie darf es keine Verherrlichung der DDR- Diktatur geben...

Hahn: „Auf keinen Fall.“

... auch keine Rechtfertigung der Berliner Mauer.

Hahn: „Selbstverständlich nicht. Die Mauer ist mit vielen Argumenten zu erklären - aber nicht zu rechtfertigen. Die DDR-Regierung wusste ja nicht, wie sie der Abwanderung ihrer Bürger in den Westen verhindern sollte.“

Die hatte auch ihren Grund: Nämlich die SED-Diktatur.

Hahn: „Sicher. Aber die Bundesrepublik war auch das Schaufenster des Westens. Da haben die USA Geld reingepumpt, um Westdeutschland attraktiver zu machen. Deswegen geht es uns heute nicht mehr so gut. Aber generell gilt: Der Bau der Mauer war die falsche Entscheidung.“

Ihr Spitzenkandidat Fritz Schmalzbauer hat der Bayern-SPD eine Koalition angeboten um die CSU-Regierung abzulösen. Sie selbst haben 2003 aus Protest gegen die Agenda-Politik die SPD verlassen. Kommt für Sie eine Zusammenarbeit mit Ihrer Ex-Partei in Frage?

Hahn: „Jein. Im Moment kann ich es mir mit dem Personal der Bayern-SPD nicht vorstellen. Auf der anderen Seite muss man eine mögliche Zusammenarbeit natürlich prüfen. Wo gibt

es Gemeinsamkeiten zwischen SPD und der Linken? Wenn es welche gibt, dann kann man über eine Zusammenarbeit reden. Ich halte es da mit Franz Beckenbauer und sage „Schaun mer mal“.

07/2009 Bundestagskandidat im Wahlkreis Weilheim-Schongau/Landsberg-Lech/Garmisch-Partenkirchen: **Werner Bäumler**¹¹, 57, Oberammergau, Gasthof Rose: Infoabend – Betriebschlosser und Fachkraft für Arbeitssicherheit, Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Zarges in Weilheim, Vize-Bevollmächtigter der IG Metall – für Mindestlohn von zehn Euro, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Verstaatlichung der Banken, Abschaffung von Hartz IV und Rente mit 67, Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan – in Oberammergau hatte die Linke bei Bundestagswahl 2,5 Prozent, bei Landtagswahl 3,2 Prozent der Stimmen bekommen.

07/2010 Infoveranstaltung der Linken - **Geld für Schulen und Vereine statt für Olympiabewerbung**¹²

Garmisch-Partenkirchen - Nur zwölf Zuhörer kamen zu der Info-Veranstaltung der Linken im Gasthof Schatten. Dort legte Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter nach einer Besichtigung von Kandahar und Gudiberg dar, warum sie gegen eine Bewerbung für Olympia 2018 ist.

„Ich habe heute viel gelernt“, bilanzierte die Ingolstädterin, die ihre politische Laufbahn bei der KPD begonnen hatte und über die PDS zu den Linken gekommen war. „Alle sollten sich ansehen, was da auf den Ort und die Landschaft zukommt und zerstört wird“, forderte sie. Mitgebracht hatte die 54-Jährige eine Auswahl Wiesenblumen, „die es in dieser Vielfalt dort bald nicht mehr geben wird“. Grundsätzlich habe sie nichts gegen den Sport, doch Olympische Winterspiele in München und Garmisch-Partenkirchen seien für sie weder ökologisch noch sozial sinnvoll. „Ich werde im Bundestag das Bündnis gegen Olympia unterstützen“, versprach Bulling-Schröter, die in Berlin den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit leitet.

„München gehört nicht zum Alpenraum“, behauptete auch Professor Klaus Weber, der für die Linken im Bezirkstag sitzt und neben Bulling-Schröter referierte. „Winterspiele sollten besser in Innsbruck stattfinden, wo viele Sportstätten mit der Straßenbahn zu erreichen sind“, fand der bekennende Bergsteiger und Skitourengeher. Weber warnte auch vor den Verträgen mit dem IOC, die er „sittenwidrig“ findet. „Die Kontrakte sind so gestaltet, dass das IOC praktisch

¹¹ GPT 27.07.2009

¹² GPT 17.07.2010 Günther Schneider

die 100-prozentige Verfügungsgewalt über alles hat“, behauptete er. „Gewinne gehen unversteuert an das IOC, Verluste werden sozialisiert.“ Dafür müsste dann der Steuerzahler aufkommen, genauso wie es auch in Vancouver, Turin und anderen Orten geschehen sei. „Das Geld, mit dem die Elitesportler gefördert werden, sollte besser für die Kinder in Schulen und Vereinen zur Verfügung gestellt werden“, forderte Weber. Er prophezeite: „München hat überhaupt keine Chance, denn in Asien ist der Markt und dort boomt es.“

11/2016 **„Die Linke“ will Ortsverband gründen**¹³ - Das Parteienspektrum in Garmisch-Partenkirchen wird sich womöglich bald erweitern. Vier Männer und eine Frau wollen versuchen, der Partei „Die Linke“ in Garmisch-Partenkirchen eine Plattform zu geben.

Garmisch-Partenkirchen - Es ist ein ambitioniertes Ziel, das sich Reinhard Hoch aus Garmisch-Partenkirchen gesteckt hat. Einen Ortsverband für die Partei „Die Linke“ will er bis nächstes Jahr in Garmisch-Partenkirchen gründen. Mindestens zehn Mitglieder brauche es, um den Verband ins Leben rufen zu können. „Wir müssen im Landkreis herumtelefonieren, um zu sehen, ob Interesse da ist“, sagt Hoch.

Befürworter der Linken gäbe es im Landkreis. Die sind allerdings recht zerstreut, sagt der Garmisch-Partenkirchner. Er sieht darin Potenzial. Mit einem Ortsverband könne man mehr bewegen und „aktiv“ werden.

Einige Themen liegen ihm besonders am Herzen. Zum einen der Wohnraum in Garmisch-Partenkirchen. Der ist bekanntlich «sehr knapp und nach Ansicht Hochs „sehr ungerecht“ verteilt. Die Mieten sind zu hoch, immer mehr junge Leute ziehen weg, weil sie sich nichts mehr leisten können. „Da muss man aktiv werden“, findet er.

Mit dem Wohnungsproblem ginge auch das Thema Altersarmut einher. Mit geringen Renten können Senioren die teuren Mieten nicht bezahlen. „Die gesetzliche Rente muss das Herzstück des Sozialstaats bleiben“, fordert Hoch. Auch die Pflegesituation müsse sich verbessern. Sowohl für die Patienten, als auch fürs Personal, das „unterbezahlt und überlastet ist“.

Doch es sind nicht nur die sozialen Baustellen, die dafür sprechen, einen Ortsverband zu gründen. Auch den Zeitpunkt dafür findet er günstig. Die Bundestagswahlen, die 2017 stattfinden, werden einiges bewegen, glaubt Hoch. „Das wird sehr spannend.“ Mit der Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist er nicht zufrieden. „Ihre Regierung ist nicht so glorreich, wie sie sie gerne darstellt“, betont er. Seiner Ansicht nach sind die Schwachstellen in der Sozialpolitik die Gründe, warum Parteien wie die rechtspopulistische AfD immer stärker werden. „Merkel muss weg“ war eine der Forderungen, auf die sich Hoch und seine Parteikolle-

¹³ GPT 26.11.2016 Magdalena Kratzer

gen vor Kurzem bei einer Veranstaltung geeinigt haben. Insgesamt saßen sie zu fünft an einem Tisch.

Um die magische Zehn für den geplanten Ortsverband zu erreichen, bedarf es noch einiges an Arbeit. An die wollen sich der Garmisch-Partenkirchner und die Genossen gleich Anfang 2017 machen. „In diesem Jahr passiert nichts mehr.“

01/2017 **„Linke nominiert Reinhard Böttger“¹⁴**

Peiting - Reinhard Böttger tritt zur Bundestagswahl an. Einstimmig hat die Linke ihn bei der Aufstellungsversammlung in Huglfing zu ihrem Direktkandidaten für den Wahlkreis Weilheim-Schongau-Garmisch-Partenkirchen nominiert. „Die Wahl zum Direktkandidaten ist für mich eine hohe Auszeichnung“, sagte er. Günther Schachner, Kreissprecher der Linken im Oberland kommentierte: „Die Mitglieder haben mit der Wahl von Reinhard Böttger eine gute Entscheidung getroffen. Wir können mit diesem Kandidaten in einen kraftvollen Wahlkampf starten.“

Böttger trat als einziger Kandidat an und erläuterte in seiner Vorstellung, warum er für den Bundestag kandidieren wolle. Der gebürtige Peitinger beschränkte sich auf einige seiner wesentlichen Ziele. Er wolle Deutschland sozialer machen. Er möchte sich für eine andere Friedenspolitik und die Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen. Wer Armut, Gewalt, Krieg und Flucht verhindern wolle, müsse Gerechtigkeit in die Handelsbeziehungen bringen.

09/2014 **„Themenabend der Linken zur Wohnungsnot“¹⁵** – im Restaurant El Greco in Garmisch-Partenkirchen – das wohnungspolitische Programm der Linken – es spricht Ati Gürnipar, Sprecher der Linken in Bayern – dieser ruft alle Personen, die in Garmisch-Partenkirchen derzeit in neues Zuhause suchen, auf, zu der Veranstaltung zu kommen – dort wird kritisiert, dass es für die Bürger kaum mehr bezahlbaren Wohnraum gebe, was Auswirkungen auf den sozialen Frieden haben soll

08/2017 **„Plakate der Linken zu groß“¹⁶**

Reinhard Hoch, Sprecher der Linken für Garmisch-Partenkirchen, ist verwundert - und verärgert: „Die Wahlwerbung ist ein hohes Gut im Bundestagswahlkampf. Da stellt der Beschluss des Oberammergauer Gemeinderates eine empfindliche Behinderung der Meinungsfreiheit

¹⁴ GPT 30.01.2017 Sabine Krolitzki

¹⁵ GPT 05.09.2017 nah

¹⁶ GPT 29.08.2017 Ludwig Hutter

dar, die nicht hinzunehmen ist.“ - im Passionsdorf sind an den Plakatwänden nur A2- und keine A1-Plakate wie sonst überall erlaubt - Nach der Aussage Hochs habe seine Partei die Gemeinde Oberammergau am 26. Mai per Mail angeschrieben mit der Bitte, die Regularien über Plakatwerbung mitzuteilen. Hoch erstaunt: „Wir haben bis heute leider keine Antwort erhalten. Wenn man uns gesagt hätte, dass nur eine Plakatwerbung bis zu einer Oberammergau Größe von maximal DIN A2 zulässig ist, hätten wir natürlich darauf verzichtet, A1 zu plakatieren.“ Jetzt verlangt die Kommune von der Linken, ihre Wahlwerbung wieder abzunehmen. Auch eine mögliche Geldbuße wird ins Spiel gebracht. Der Partei-Sprecher: „Überall woanders darf man A1 plakatieren, die kleineren Plakate werden von den Bürgern ja gar nicht wahrgenommen.“ Man werde der Aufforderung der Gemeinde jedenfalls nicht nachkommen, weil man über die geltende Verordnung ja nicht unterrichtet worden sei. Einem Ordnungsgeldbescheid sehe man gelassen entgegen, so Hoch.

Im Januar 2014 hat der Gemeinderat in Oberammergau die Regularien über öffentliche Anschläge verabschiedet. Dabei wurden auch zehn Standorte für Plakatwände beziehungsweise Anschlagtafeln festgelegt. In Paragraph 3, Absatz 2, heißt es: „Die Anschläge dürfen eine maximale Größe von DIN A2 nicht überschreiten.“

12/2019 **Premiere mit sportlichen Zielen**¹⁷

Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist schwarz - in Parteifarben gesprochen. Was über Jahrzehnte galt, ändert sich mehr und mehr. Ein Indiz für Vielfalt in der Parteienlandschaft: Zur Kommunalwahl 2020 präsentiert Die Linke erstmals eine **Kreistagsliste**. Keine ganz gewöhnliche.

Garmisch-Partenkirchen - Rolf Walther und seine Mitstreiter mussten Werbung machen. Damit sie weitere Männer und Frauen für ihr Projekt begeistern: die erste Kandidatur der Partei Die Linke im Landkreis Garmisch-Partenkirchen bei der Kommunalwahl 2020. Also zog Walther los.

Spannende Menschen hat der 73-jährige Ohlstädter kennengelernt. Viele Schicksale. Männer und Frauen, die ihre Arbeit verloren haben. Oder solche, die arbeiten und dennoch monatlich so wenig verdienen, dass er sich fragt: Wie kommen sie mit diesem Betrag aus? In einem Landkreis, in dem Mieten auch mittlere Einkommen schnell auffressen. „Es gibt definitiv Armut in diesem reichen Landstrich.“ Das wusste Walther vorher. Nach seiner Werbetour aber hat er viel mehr Gesichter dazu, persönliche Geschichten. Sie bestätigten ihn in seinem politischen Engagement. Die Mitstreiter, die er suchte, fand er auch.

¹⁷ GPT 29.12.2019 Katharina Bromberger

14 Männer und sieben Frauen aus acht Gemeinden kandidieren auf der Linken-Liste für den Kreistag. Im Rahmen der Aufstellungsversammlung La Locanda wurde sie festgelegt. Mit dabei ist Michael Kurth, auf Listenplatz elf. Einer mit einem ganz anderen Blick auf den Landkreis und seine gesellschaftlichen Probleme. Kurth ist obdachlos. Die Voraussetzungen für eine Kandidatur erfülle er, betont Walther. Er habe die deutsche Staatsbürgerschaft und sein Lebensmittelpunkt liege seit Langem in Garmisch-Partenkirchen. Einstimmig gewählt aber wurde er aus einem anderen Grund. „Er hat uns inspiriert.“ Mit seinen Ansichten und seiner Diskussionsfreude bei manchen Treffen.

Dass es überhaupt zur Premiere für Die Linke im Landkreis kommt, entschied sich erst vor einigen Wochen. Mitglieder des Verbandes Oberland - er umfasst die Kreise Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Landsberg am Lech, Weilheim-Schongau, Miesbach - trafen sich in Huglfing. Man kam ins Reden, Philosophieren, Ideenspinnen. Irgendwann hieß es: „Wir versuchen’s.“ Nicht larifari. Der sportliche Ehrgeiz, sagt Walther, habe die Gruppe gepackt. Nicht nur seine Mannschaft. Auch in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Starnberg hat sich jeweils erstmals eine Linken-Liste formiert.

Im Kreis Garmisch-Partenkirchen bekam Die Linke bei der Bundestagswahl 2017 rund 600 Stimmen. Walther hat gerechnet. Halten die 600 Männer und Frauen seiner Partei die Treue, sitzt in der neuen Legislaturperiode ein Mann - Walther steht auf Listenplatz eins - im Kreistag. Dann will sich der Ohlstädter, der um 2004 nach 40 Jahren aus der SPD austrat, als die Regierung Gerhard Schröder „den Armen immer mehr Geld weggenommen und den Reichen immer mehr zugeschanzt hat“, im Landkreis dafür einsetzen, dass sich auch Normal- und Geringverdiener eine Wohnung leisten können. Und dass man genauer hinschaut, auf die Armen und Bedürftigen im Landkreis.

Die Liste:

1. Rolf Walther (Prokurist, Sachverständiger für Photovoltaikanlagen), Ohlstadt;
2. Brigitte Seemann (Fachwirtin Soziales), Unterammergau;
3. Martin Neuner (Informatik-Student), Farchant;
4. Margit Seidelmann (Chemisch-Technische Assistentin), Bad Kohlgrub;
5. Reinhard Hoch (Gewerkschaftssekretär), Garmisch-Partenkirchen;
6. Juliane Klieser (Dozentin), Unterammergau;
7. Dieter Frey (Sozialpädagoge) Garmisch-Partenkirchen;
8. Eva Ströbing (Physiotherapeutin), Murnau;
9. Wolfgang Seidelmann (Elektronik-Ingenieur), Bad Kohlgrub;
10. Karin Brandner (Fachlehrerin), Ohlstadt;
11. Michael Kurth (Rentner), Garmisch-Partenkirchen;
12. Ulla Walther (Medizinisch-Technische Assistentin), Ohlstadt;
13. Emmeran Bürgel (Schreiner), Garmisch-Partenkirchen;
14. Marleen Hanzig (Studentin), Garmisch-P.;
15. Johannes Fedisch (Referendar Lehramt), Murnau;
16. Mike Ströbing (Krankenpfleger), Murnau;
17. Albert Riedenauer (Berufspilot), Oberammergau;
18. Thomas Lindner (Gewerkschaftssekretär) Murnau;
19. Christoph Rauchenberger (Auszubildender), Farchant;

20. Thomas Scharrer (selbstständig), Spatzenhäuser; 21. Jörg Gisbert (Hotelkaufmann), Unterammergau.

02/2021 Ein „erprobtes, politisches Schlachtross“¹⁸ - DIE LINKE **Der Ohlstädter Rolf Walther ist Bundestagskandidat für den Wahlkreis 226**

Landkreis - 40 Jahre lang war Rolf Walther bei der SPD. 2003 trat er aus und wurde im Jahr darauf Mitglied bei der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG), Vorgänger der Partei Die Linke. Seit 2020 sitzt Walther im Kreistag, nun wurde der Ohlstädter für den Wahlkreis 226 als Bundestagskandidat nominiert. Im Interview mit Redakteurin **Katharina Bromberger** spricht der 74jährige über seine wilden Zeilen, was davon geblieben ist und warum er von massivem Wahlkampf nichts hält.

Herr Walther, herzlichen Glückwunsch zur Nominierung.

Na, wenn Sie mich zu viel Arbeit beglückwünschen wollen dann sag' ich danke.

Es stellt sich ja tatsächlich die Frage: Warum tun Sie sich das an?

In meinem Alter, meinen Sie? (lacht).

Sie sind 74. Da genießen andere ja wirklich den Ruhestand und basteln nicht an der politischen Karriere.

Ich bin mein Leben lang politisch aktiv. Und vier Jahre Berlin auf meine alten Tage, das wär' noch was.

Sie treten also nicht nur an, um für Die Linke im Wahlkreis ein Zeichen zu setzen?

Ich bin kein Träumer und weiß, dass es eher unwahrscheinlich ist, überhaupt ganz oben auf die Landesliste zu kommen. Aber wenn ich mich im Bundestag für meine Partei einbringen könnte, würde ich das sehr gerne tun. Und ich glaube, es gäbe für jemanden wie mich schon eine Verwendung. So als erprobtes, gestähltes, politisches Schlachtross.

Sie haben Ihre politische Laufbahn bei der SPD begonnen.

Wenn man rein die Partei sieht, dann ja. Aber politisch engagiert war ich schon früher.

Wie?

Ich war 18, da habe ich die erste Demonstration in Garmisch-Partenkirchen nach dem Krieg angemeldet.

¹⁸ GPT 12.02.2021

Wofür haben Sie demonstriert?

Ein paar Freunde und ich sind auf die Straße gegangen, als der Verband der Kriegshinterbliebenen, -opfer und - waisen eine riesige Veranstaltung mit 50 000 Teilnehmern organisiert hat. Sie begann mit einem Militärkapellenwettbewerb. Wir fanden das komisch, dachten, das passt nicht. Also haben wir Schildchen gebastelt gegen Militär und für Frieden - und wurden übel verprügelt.

Verprügelt?

Ja, ein Freund hat einen Zahn verloren, ein anderer hatte einen Kieferbruch. Für die Leute waren wir einfach die größten Kommunisten. Und unsere Transparente haben ihnen halt nicht gefallen. Das waren wilde Jahre.

Was ist von dem wilden Rolf Walther geblieben?

Ich lass mich nicht ohne Weiteres überrumpeln von schönen Trachten und anmutigen Traditionen. Da schau ich zweimal hin, welche Geisteshaltung dahintersteckt. Und manch eine ist halt so gar nicht meine.

Welche?

Kritisch und distanziert reagiere ich bei Traditionalisten, die behaupten, alle Soldaten waren Helden, oder die den König wiederhaben wollen. Generell, wenn Leute sagen, früher war alles besser, dann sag' ich: Schaltet lieber den Kopf ein, bevor Ihr eine Zeit bejubelt, die keinen Jubel wert ist.

Sie waren 40 Jahre bei der SPD, sind Sie bei den Linken nun angekommen?

Wenn ich heute den Wahl-Mat befrage, dann kommt immer raus, dass ich bei der richtigen Partei bin.

Brauchen Sie diese Bestätigung?

Das Ergebnis ist immer wieder interessant. Aber natürlich brauche ich das nicht. Ich bin aufgewachsener und gelernter Linker, bin schon Anfang der 1960er Jahre während meiner Lehre in Garmisch-Partenkirchen (zum Schriftsetzer, Anm. d. Red.) in die Gewerkschaft eingetreten. Die Mitglieder, eine Minderheit, haben mir imponiert, sie hatten Rückgrat und eine Meinung.

Sie gehören als Linker im Landkreis einer Minderheit an. Fühlen Sie sich als Außenseiter im Kreisrat?

Mit vielen bin ich per Du und ich werde ernst genommen. Also nein. Ich denke, wir machen im Landkreis eine solide Politik. Aber bis sich das auswirkt in Mitgliederzahlen, das dauert (aktuell hat der Kreisverband Oberland 80 Mitglieder, Anm. d. Red).

Wie lange denn?

Sagen wir mal, zehn Jahre. Wir sind ja gerade mal soweit, dass wir wahrgenommen werden. Wir stehen am Anfang. Ein sehr guter Anfang, aber ein Anfang.

Wenn Sie nicht träumen: Welches Ergebnis halten Sie bei der Bundestagswahl für realistisch?

Bei der Kommunalwahl hat Die Linke etwa 1000 Stimmen bekommen. Das würde ich gerne toppen. Und - ich bin jetzt mal verwegen - wenn es ganz gut läuft, schaffen wir in Bayern fünf Prozent, in Garmisch-Partenkirchen drei. Dafür werde ich mich einsetzen.

Wann starten Sie Ihren Wahlkampf?

Von einem übertriebenen Wahlkampf halte ich nichts.

Warum?

Nie wird so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd. Große Versprechen und großes Getöse, das ist alles Mumpitz.

Wie aber wollen Sie sich Ihren Traum von Berlin erfüllen, wenn Sie nicht in Erscheinung treten?

Doch, das werde ich. Ich will mit den Menschen ins Gespräch kommen. Wir wollen wieder alle Gemeinden abfahren. Bei 56 ist man da gut beschäftigt.

Neuer Kreisvorstand:

Der Kreisverband Oberland Die Linke hat turnusgemäß seinen neuen Vorstand gewählt. Dieser setzt sich zusammen aus: Der Doppelspitze mit Simone Ketteri als Kreissprecherin (Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Journalistin) und Rolf Walther (Dipl. Ingenieur FH, Dipl. Kaufmann, Gewerkschaftssekretär von 1978 bis 1994, Geschäftsführer einer Regionalen Entwicklungsgesellschaft in Dessau, seit 2010 Ingenieurbüro für Photovoltaik). Kreisschatzmeister ist Rolf Podlewski (Handelsfachwirt, seit 1996 bis 2018 Unternehmensberater für Energieversorger, Einsätze weltweit) Beisitzerinnen sind Elisabeth Osiander (Altenpflegerin, Fördermitglied im bayrischen Flüchtlingsrat und in der Gewerkschaft Verdi), Angela Sterr (Einzelhandelskauffrau in den Bereichen Einzelhandel/Verkauf, Gastronomie, Hauswirtschaftshilfe und Altenpflege, Mitglied der Kolpingsfamilie Miesbach, Mitglied im VDK). red

Bundestagswahl - Bürgermeisterin Koch (CSU) entfernt persönlich Plakate der Linken¹⁹

Garmisch-Partenkirchen - Es ist eine dieser kleinen Provinzposen, die in Wahlkampfzeiten schnell mal aufkommen. Vor allem, wenn zwei politische Weltanschauungen aufeinandertreffen. Auf der einen Seite die in der Region eher kleine Partei „Die Linke“ mit dem rührigen Rolf Walther an der Spitze. Auf der andere der Markt Garmisch-Partenkirchen, besser gesagt das Ordnungsamt, oder in letzter Instanz die resolute Bürgermeisterin Elisabeth Koch (CSU). Worum es geht: um zu viel geklebte Plakate in diesem Bundestagswahlkampf, in dem der Ohlstädter Walther bekanntlich als Spitzenkandidat für seine Partei antritt. Die Fronten sind verhärtet, genügend E-Mails ausgetauscht. Das Ende vom Lied: Die Bürgermeisterin persönlich riss am Rathausplatz das überzählige Exemplar von der Sammelwand und entsorgte es. Direkt vor den Augen des entsetzten politischen Kollegen. „Ein äußerst seltsamer Auftritt“, quittierte Walther das Gesehene.

Das ist in Kurzform das Problem, das beide Seiten nun schon seit gut einer Woche beschäftigt. Alles begann mit der Plakat-Tour der Linken- Vertreter durch den Landkreis. In Walthers Augen ohnehin ein Graus (wir berichteten). „Der Wahlkreis 226 Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau umfasst 55 Kommunen mit 102 Ortschaften. Jede dieser 55 Kommunen verfügt über eigene Regeln zur Plakatierung, ins-gesamt ein Regelwerk von 384 Seiten, mit den absonderlichsten Ansinnen und Detailbestimmungen“, fasst es der Kreisrat nochmals zusammen.

In Garmisch-Partenkirchen gingen die Verantwortlichen offenbar ein wenig zu eifrig zu Werk. Denn auf einigen der Tafeln verewigte sich „Die Linke“ mit mehreren DIN-A1-Postern. Das sorgte für Alarmstimmung im Rathaus. „Jede Partei hat dieselben Regeln“, verdeutlicht Bürgermeisterin Koch. Im Markt lauten diese: pro Partei ein Plakat pro Standort, selbst wenn dort mehrere Holzwände stehen.

Der Verstoß blieb nicht unbemerkt. Mit der Konsequenz, dass das Ordnungsamt eine E-Mail an Walther mit der Aufforderung schrieb, die Missstände zu beseitigen. Gefiel wiederum Walther nicht, der sich einen anderen Ton erbat, dem Markt sofort „den Tatbestand der Wahlbehinderung“ vorwarf. Außerdem fehlten ihm konkrete Belege wie Fotos, wo „möglicherweise versehentlich Fehler bei der Plakatierung erfolgt sind“.

Ließ die Verantwortlichen auf der anderen Seite kalt. Die setzten in ihrer Antwort lediglich eine Frist bis zum 27. August - vergangener Freitag. Da der Linken-Chef seinerseits nicht einlenkte, sondern nur als Gegenvorschlag vorbrachte, man könne doch die Plakate so lan-

¹⁹ GPT 04.09.2021 Christian Fellner

ge hängen lassen, bis der Platz auf den Holzwänden zu knapp werde, kam es schließlich an jenem Freitag zum Showdown auf dem Garmisch-Partenkirchner Rathausplatz. Walther, der mit zwei Bundestagsabgeordneten unterwegs war, hatte dort einen Infostand aufgebaut - laut Koch nachweislich ohne eine Genehmigung, geschweige denn einen jemals erfolgten Antrag.

Dann kam es zum direkten Aufeinandertreffen der politischen Kontrahenten: „Ich habe dringend gebeten, die Plakate umgehend zu entfernen, wenn er schon selbst vor Ort ist“, betont Koch. Walther reagierte irritiert, verwies auf den Schriftwechsel mit dem Ordnungsamt. „Interessierte sie nicht“, moniert der Ohlstädter. „Ich solle keine Mails an die Verwaltung schreiben, der Aufwand, mir wieder zu antworten, sei Verschwendung von Steuergeldern.“ Dazu steht die Bürgermeisterin. „Es gibt eine Verordnung, und die gilt auch für Herrn Walther. Meine Leute im Rathaus haben genug zu tun, die brauchen keine Beschäftigungstherapie.“ Außerdem erwarte sie von einem Menschen, der sich für ein Amt im Deutschen Bundestag bewerbe, „dass er sich an Recht und Ordnung hält“, auch wenn er für die Nachfolgepartei der SED kandidiere.

Koch reagierte auf ihre eigene Art. Sie informierte ihren Amtsleiter, bat ihn herunter auf den Parkplatz. Dann packte sie kurzerhand selbst zu, riss das Plakat von der Wand hinter der Rathaus-Bushaltestelle. „Ich bin mir nicht zu schade, selbst Hand anzulegen“, betont sie. „Irgendwann reicht's, solche Verordnungen sind für alle da, und fast alle anderen halten sich daran.“

01/2022 **DIE LINKE im Landkreis Garmisch-Partenkirchen:** Demonstration angemeldet²⁰

Unter dem Slogan „Für Freiheit und Demokratie, gegen Querdenken“ hat die LINKE Ortsgruppe Garmisch-Partenkirchen zu einer überparteilichen Demonstration aufgerufen, am Montag 24.1. um 18.30 Uhr am Richard-Strauss-Platz in Garmisch-Partenkirchen.

Diese Demonstration richtet sich gegen den montäglichen Aufmarsch der lokalen Querdenker-Szene. Diese Gegendemonstration möchte darauf hinweisen, dass es sich bei der Querdenker-Bewegung um eine kleine Minderheit der Bevölkerung handelt, die Agitation gegen Wissenschaft und Demokratie betreibt. Die Organisatoren wenden sich nicht generell gegen Befürchtungen, Zweifel und Kritik, aber die Mehrheit der Corona-Leugner und Impfgegner bewegt sich jenseits jeder soliden Faktenlage. Die Organisatoren appellieren daher zur zahlreichen Teilnahme, sodass die Leugnung von weltweiten Geschehnissen, von wissenschaftlicher Erkenntnis und von politischer Verantwortung nicht länger unwidersprochen bleibt.

²⁰ Pressemeldung 20.01.2022

Max Goschenhofer - 20.01.2022